

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 17.04.2012

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung (bis 19.10 Uhr)
Frau Kammeier (von 17.40 - 18.45 Uhr)
Frau Niederfranke
Frau Osthus
Herr Weber

SPD

Herr Donath
Herr Kaufmann
Frau Schneider
Frau Schrader Vorsitzende
Herr Wandersleb

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage

BfB

Frau Cascante-Maristany

FDP

Herr Spalek

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Dogan-Alagöz Integrationsrat
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Stellvertretendes Mitglied

Herr Schuster –BfB-

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Frau Schulz

Frau Dr. Delius

Herr Heitland

Herr Markus

Herr Niekamp

Frau Kleiner
Herr Wörmann
Frau Dammann
Herr Hilker

Gäste

Herr Radloff
Frau Schellong

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen
Sozialamt-
Stab Dezernat 3
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 5

Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
CDU-Fraktion

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 22. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 06.03.2012**

Herr Weber fühlt sich in dem TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“ nicht richtig verstanden und bittet darum, den Satz „Es solle sich nicht ausschließlich im Rahmen der Geschäftsordnung des Rates bewegt werden“ zu streichen. Darüber hinaus legt er eine Stellungnahme der CDU-Fraktion vor, die als Anlage dem Protokoll beigelegt werden soll (**Anlage 1**).

Aufgrund der Eingaben von Herrn Weber wird die Genehmigung der Niederschrift in die nächste ordentliche Sitzung vertagt.

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Schuldnerberatung: Verteilung der Mittel aus dem Fonds des Sparkassen- und Giroverbandes für das Jahr 2012**

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die mit der Einladung verschickte Mitteilung.

Zu Punkt 2.2 **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen für Angebote Freier Träger in Bielefeld**

Beigeordneter Herr Kähler informiert über die neuesten Entwicklungen bei den Verhandlungen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen für Angebote Freier Träger in Bielefeld (**Anlage 2**).

Zu Punkt 2.3 Integrierte Sozialplanung und Prävention -Einrichtung eines Projektbüros-

Beigeordneter Herr Kähler informiert über eine Umstrukturierung im Dezernat Soziales zum 01.05.2012 (**Anlage 3**).

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Sprachförderung von Menschen mit Migrationshintergrund in Bielefeld (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 04.03.2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3841/2009-2014

Zu Punkt 3.1.1 Antwort zur Anfrage mit der Drucks-Nr. 3841/2009-2014

Frau Geilhaar bedankt sich für die sehr detaillierte und umfangreiche Beantwortung der Anfrage. Fragen zur Finanzierung von Sprachförderung durch das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld werden von Beigeordnetem Herrn Kähler beantwortet. Frau Osthus weist darauf hin, dass Sprachförderung für alle, unabhängig ob ein Migrationshintergrund bestehe oder nicht, wichtig sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Kinderarmut in Bielefeld (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 04.03.2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3842/2009-2014

Herr Radloff teilt mit, dass es in Bielefeld aktuell (November 2011) 10.292 Kinder unter 15 Jahren gebe, die von SGB II-Leistungen leben. Das entspreche einem Anteil von 28,6% an allen SGB II-Leistungsbezieherinnen und –bezieher (35.942 Personen). Im Vorjahr habe der Anteil 28,7% bei einer Anzahl von 10.891 Kindern unter 15 Jahren und 37.918 Personen mit Leistungsbezug betragen. Im Jahresverlauf sei sowohl die Gesamtzahl der SGB II-Leistungsbezieherinnen und –bezieher als auch die Anzahl an Kindern unter 15 Jahren im Leistungsbezug gesunken. Die SGB II-Quote 2011 liege noch nicht vor. Zur Berechnung dieser

Quote werde, neben der Zahl der Leistungsbezieher, auch der Bevölkerungsstand nach Altersgruppen mit Stichtag 31.12.2011 benötigt und diese liege noch nicht vor. Die in der Anfrage genannte Studie beruhe auf hochgerechneten Werten.

Ein Vergleich der Bevölkerungszahl Kinder unter 15 Jahren 2010 zu 2008 zeige, dass es in Bielefeld keine signifikante Veränderung gegeben habe. Die Veränderung 2010 zu 2008 betrage -0,04% oder -18%.

Frau Geilhaar bedankt sich für die Antwort.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Dimensionen und Auswirkungen von Glücksspielsucht (Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3986/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort (**Anlage 4**).

Auf Nachfrage von Frau Rathsmann-Kronshage führt Herr Niekamp aus, dass der Sozial- und Kriminalpräventive Rat der Stadt Bielefeld (SKPR), mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe (AG) zum Thema „Glücksspiel- und Internetsucht“ den wachsenden Problemen begegnen wolle. Diese AG sei als Ergänzung zum Projekt „Surfen mit Sin(n) – Sicherheit im Internet“ zu verstehen. Ziel des Projekts „Surfen mit Sin(n)“ sei es, Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer zu einem sicherheitsbewussten Umgang mit dem Internet anzuregen. Die Folgen übermäßigen Internetkonsums mit allen ihren Begleiterscheinungen würden hier nicht thematisiert. Die neue AG des SKPR reagiere auf die steigende Zahl suchtkrankter Menschen im Umfeld von Glücksspiel und Internet. Noch dominiere in der Beratung der Fachstelle das klassische Automatenglücksspiel. Die hohe Attraktivität und Schnelligkeit der Spiele und Wetten und die Anonymität des Spiels in den eigenen vier Wänden lassen erwarten, dass die Zahl der Nutzer und damit auch die Zahl der suchterkrankten Spieler steigen würden. Hier setze die AG des SKPR an, die mit geeigneten Materialien in den Schulen und Jugendeinrichtungen etc. entsprechend aufklären und informieren wolle.

Ergänzend führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass das Johannswerk derzeit eine Beratungsstelle gegen Internet-Sucht bereit halte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Demenziell erkrankte Menschen in Bielefeld (Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.04.2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4062/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort (**Anlage 5**). Herr Weber bedankt sich, behält sich aber evtl. Fragen in der nächsten Sitzung vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Projektzeitplan für die weitere Vorgehensweise der Leistungsverträge (Antrag der CDU-Fraktion vom 03.04.2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4064/2009-2014

Herr Weber begründet den Antrag mit dem Wunsch, die Diskussionen der letzten Sitzungen fortzusetzen, die Leistungsverträge, auf der Grundlage der wirkungsorientierten Steuerung, weiter zu entwickeln und im Rahmen eines konkreten Zeitplanes agieren zu können. Um Planungssicherheit bei den Vertragspartnern zu erzielen, werde ein größeres Zeitfenster bei den Verhandlungen benötigt. Vertragsverlängerungen um ein Jahr könnten dies nicht erreichen. Die Verwaltung habe die Aufgabe, die organisatorischen Abläufe für eine Kommunikation zwischen Trägern, Politik und Verwaltung sicherzustellen.

Mit Hinweis auf die Mitteilung unter TOP 2.2 beantragt Frau Schneider die Verschiebung der Beschlussfassung.

Frau Cascante-Maristany unterstützt die Forderung, die Verwaltung mit einzubeziehen, sieht zunächst aber die Politik in der Verantwortung die Richtung für die zukünftige Gestaltung der sozialen Landschaft in Bielefeld vorzugeben.

Frau Rathsmann-Kronshage stuft den Antrag als überflüssig ein, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Politik am Zuge sei. Bei den Koalitionsverhandlungen hätten sich die Fraktionen intensiv mit den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen beschäftigt. Zur Neuausrichtung sei von den Trägern ein dialogisches Verfahren gewünscht worden. Von Beginn an war klar, dass es bei Veränderungen auch zu Einschränkungen kommen werde. Die Träger sollten hierzu Vorschläge machen, das sei bisher nicht geschehen. Da die AGW als Ansprechpartner scheinbar nicht mehr zur Verfügung stehe, müsse die zukünftige Arbeitsweise überdacht werden. Wobei eine vernünftige soziale Versorgung nur mit Politik und AGW möglich sei.

Eine Neuausrichtung bis 30.06.2013 wertet Herr Dr. Schmitz als zu spät, da die Berücksichtigung der Lohnkostensteigerungen einen wichtigen Aspekt darstelle.

Beigeordneter Herr Kähler stellt klar, dass über die Vertragsverlängerungen üblicherweise ½ Jahr vor Vertragsende im SGA entschieden werde. Mit dem Abschluss von Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) solle bei allen Vertragspartnern eine dauerhafte Planungssicherheit erzielt werden. Die in den LuF geregelten Aufgaben seien dem Grunde nach pflichtige Aufgaben, die Höhe der Mittel allerdings nicht. Durch den Ratsbeschluss zur Deckelung der Personalkosten für Verwaltung und Dritte, könnten die Leistungen nicht ausgeweitet werden. Darüber hinaus sei die Erstellung von Zielvorgaben innerhalb eines Monats nicht möglich.

Frau Dr. Ober weist darauf hin, dass es bereits zahlreiche Gespräche für eine Neuausrichtung gegeben habe. Konstruktive Vorschläge der CDU-Fraktion seien dazu bisher nicht eingegangen. Ein Zeitplan sei schon erforderlich, könne aber erst erstellt werden, wenn die Neugestaltung erarbeitet worden sei.

Herr Weber schlägt vor, den Beschluss über den Antrag in die Sitzung am 15.05.2012 zu verschieben.

Alle Anwesenden sind damit einverstanden.

Zu Punkt 5

Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, Auswirkungen für Bielefeld

Herr Radloff erläutert die Auswirkungen der Instrumentenreform **(Anlage 6)**.

Fragen von Frau Osthus, Frau Schneider und Frau Rathsmann-Kronshage werden von Herrn Radloff beantwortet. Vorsitzende Frau Schrader bedankt sich für den Bericht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6

Pflegestützpunkt Bielefeld - erster Zwischenbericht

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3881/2009-2014

Frau Schulz berichtet über die Erfahrungen im ersten Jahr des 3-jährigen Projektes „Pflegestützpunkt Bielefeld“ (PSP). Vor dem Hintergrund einer schwierigen Entstehungsgeschichte laufe das operative Geschäft zwischenzeitlich gut. Positiv sei die Beratung aus einer Hand. Nachfragende erhalten fundierte, anbieterneutrale und umfassende Informationen u. a. auch über Leistungsansprüche gegenüber der Pflegekasse. Durch stadtteilbezogene, dezentrale Veranstaltungen solle das Angebot der PSP zu Themen wie Wohnformen, Finanzierung der Pflege, Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Demenz und betreutes Wohnen bekannter gemacht werden.

Beigeordneter Herr Kähler berichtet aus dem Städtetag NRW, dass die

Platzierung der PSP an bestehende Einrichtungen erfolgreicher umgesetzt werden konnte, als vollständige Neueinrichtungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 Haushaltsplanberatungen 2012, 1. Lesung

Zu Punkt 7.1 Haushaltsplan 2012 für den Stab des Dezernates 5 - 095 -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3906/2009-2014

Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass im gesamtstädtischen Haushalt pauschal eine 1%-ige Ausgabensteigerung, die der Kämmerer vorgegeben habe, berücksichtigt worden sei. Auf die Forderung von Frau Kammeier nach einer konkreteren Formulierung der Kennzahlen erläutert Herr Hilker, dass im Rahmen des NKF die Kennzahlen auf fünf Ziele begrenzt seien. Eine projektbezogene Zuordnung der Mittel sei dadurch nicht möglich. Auf Fragen von Herrn Weber hinsichtlich der Berücksichtigung der im öffentlichen Dienst beschlossenen Tarifabschlüsse, einer transparenteren Darstellung von Zielvorgaben zur wirkungsorientierten Steuerung und der Rechnungsergebnisse 2010 führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass die Auswirkungen der Tarifabschlüsse in gesamtstädtischer Verantwortung des Kämmerers liegen. Er werde sie prüfen und dem Finanz- und Personalausschuss als zuständigem Fachausschuss darlegen. Nach den Vorgaben des NKF seien Ergebnisse der wirkungsorientierten Steuerung nur schwer darstellbar. Das Sozialdezernat arbeite derzeit an der Entwicklung einer Zielmatrix, die eine bessere Transparenz der wirkungsorientierten Steuerung gewährleisten solle. Die Rechnungsabschlüsse erstelle der Kämmerer und stünden ihm persönlich zurzeit nicht zur Verfügung. Frau Rathsmann-Kronshage schlägt den Anwesenden vor, sich an der Arbeitsgruppe „NKF“ zu beteiligen, die sich mit der Vereinfachung der Zielführung von NKF im Rahmen der Haushaltsunterlagen beschäftige.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 7.2 Haushaltsplan 2012 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3747/2009-2014

Frau Dr. Ober lobt die übersichtliche Darstellung der Beratungsunterlagen des Amtes für soziale Leistungen –Sozialamt-.

Zu Fragen von Frau Dr. Ober, Herrn Weber und Frau Cascante-Maristany führt Frau Schulz aus, dass bisherige überplanmäßige Stellen in den Bereichen Bildung und Teilhabe und Grundsicherung in planmäßige Stellen umgewandelt worden seien. Höhere Geschäftsausgaben seien auf höhere Mietzahlungen an den Immobilienservicebetrieb zurückzuführen.

1. Lesung -

Zu Punkt 7.2.1 Haushaltsantrag des Frauennotrufes Bielefeld e. V. vom 26.03.2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4016/2009-2014

Herr Weber, Frau Schneider, Frau Rathsmann-Kronshage und Frau Geilhaar unterstützen den Antrag, fordern aber zunächst eine fachliche Einschätzung und die Darstellung von Finanzierungsmöglichkeiten. Beigeordneter Herr Kähler stuft den Antrag aus fachlicher Sicht als unterstützenswert ein. Er sagt die Prüfung der finanziellen Deckungsmöglichkeiten bis zur Sondersitzung am 26.04.2012 zu.

1. Lesung -

Zu Punkt 7.3 Haushaltsplan 2012 ff. für die Produktgruppen 11.02.03 -Lebensmittel- und Schadstoffüberwachung, 11.02.04-Veterinärwesen/Artenschutz, 11.02.05 -Fleischschau, 11.07.01 - Gesundheitsförderung, 11.07.02-Gutachten und Stellungnahmen, - 11.07.03 Gesundheitshilfe und 11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz sowie den Stellenplan für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3929/2009-2014

Frau Dr. Delius erläutert die Veränderungen im Stellenplan.

Auf eine Frage von Frau Schneider informiert Frau Dr. Delius darüber, dass es keine Versandapotheke mit Sitz in Ostwestfalen-Lippe gebe, die vom Gesundheitsamt überwacht werden müsse.

1. Lesung -

Unter Zustimmung aller Anwesenden wird der Sitzungsbeginn der Sondersitzung am 26.04.2012 auf 16.30 Uhr festgelegt.

Zu Punkt 8 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Schrader
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)